

Was Für Ein Mensch Man Ist
von James Polk

"Was für eine Philosophie man wähle, hängt davon ab, was für ein Mensch man ist," sagte Fichte. Seit Marx, Lukacs, Bloch und den Frankfurtern, wissen wir, diese Feststellung mit einer wichtigen Ergänzung zu würdigen – *und vor allem von der Zeit, in der man lebt, und wie man zu dieser steht*. Wenn wir dieses Diktum Fichtes mit Kant dahingehend interpretieren sollten, dass man zwar nicht Philosophie, sondern nur das *Philosophieren* lernen kann, dann würde der zugrunde liegende Gedanke wie folgt lauten: *Die Art von Philosophieren, die man wählt, hängt nicht nur davon ab, was für ein Mensch man ist, sondern vor allem von der Zeit, in der man lebt, und wie man zu dieser steht*.

Unmittelbar nach dem Tod von Martin Heidegger veröffentlichte Herbert Marcuse seine „Enttäuschung“¹ über seinen alten Lehrer. Das knapp einseitige Schreiben brachte zum Ausdruck, was Marcuse stellenweise bereits in seiner Korrespondenz mit Heidegger aus den Jahren 1947 – 1948 thematisiert hatte.² Ausgerechnet jener Schwarzwald-Spaziergänger, den viele für den bedeutendsten Philosophen des 20. Jahrhunderts halten, hat sich in der Nachkriegszeit nicht nur für seine Mitgliedschaft in der NSDAP und seine begeisterte Aufnahme vieler der bereits frühzeitig erkennbar antisemitischen, zerstörerischen Tendenzen des Parteiprogramms nicht entschuldigt, er genierte sich sogar nicht, den fabrikmäßigen Völkermord an den europäischen Juden in einem Atemzug mit der Vertreibung der Deutschen aus Schlesien zu vergleichen.

Die Nachwelt wird wahrscheinlich niemals völlig begreifen können, wie ein so bedeutender, tief sinniger Philosoph wie Martin Heidegger es über sich bringen konnte, ausgerechnet die bösesten Absichten eines durchgängig verachtenswerten Programms zu unterstützen. Die Spuren von Reflexion, die in Heideggers Korrespondenz mit Marcuse sichtbar sind, zeugen von der Ungleichzeitigkeit, von der Bloch sprach, aber auch von Heideggers Herkunft aus dem provinziell-deutschen Mittelstand. Margherita von Brentano hatte einmal von Heidegger gesprochen als einem Mann, „dessen Denken so radikal gewesen ist, dass es gar nicht in die physische Gestalt des deutschen Kleinbürgers, der er ja war, hineinpassen wollte“. Bezüglich der anfänglichen Begeisterung, die er dem

Hitler-Programm zukommen ließ, erklärte Heidegger in einem Brief an Marcuse: „Zu 1933: ich erwartete vom Nationalsozialismus eine geistige Erneuerung des ganzen Lebens, eine Aussöhnung sozialer Gegensätze und eine Rettung des abendländischen Daseins vor den Gefahren des Kommunismus. [...] 1934 erkannte ich meinen politischen Irrtum, legte unter Protest gegenüber Staat und Partei mein Rektorat nieder.“

Wir Nachfolger können nicht umhin, die Worte von Marcuse in seiner Verurteilung von Heideggers Handlung nachdrücklich zu unterstreichen: „Heute [1976] scheint es mir schamlos, Heideggers Bekenntnis zum Hitlerregime als (kurzen) Fehltritt oder Irrtum abzutun: ich glaube, dass ein Philosoph sich solchen ‚Irrtum‘ nicht leisten kann, ohne seine eigene und eigentliche Philosophie zu desavouieren.“

In ihren Vorlesungen und in verschiedenen Aufsätzen hat Margherita von Brentano immer wieder sowohl die *Parteilichkeit der Philosophie* betont - parteilich für Gerechtigkeit, Wahrheit und Aufklärung, gegen Unterdrückung, Unwissenheit und Barbarei - wie auch die *Gebundenheit der Philosophie* an den „kosmopolitischen Fragen“, die uns alle angehen, denn „Philosophie hat es nicht heute, und hatte es niemals nur mit sich selbst zu tun.“ Im Folgenden möchte ich erläutern, warum wir Nachfolger uns nicht als immun oder abgeschirmt von einem ähnlichen Denkfehler betrachten dürfen, den Heidegger selbst beging. Denn heute stehen wir einer gänzlich neuen aber nicht ungefährlicheren Form von Totalitarismus gegenüber, der kaum einmal wahrgenommen, und von dem nur selten (und dann nur in leisesten Tönen) gesprochen wird.

Globalisierung und Terrorismus — Leitbegriffe unserer Zeit

Unsere heutige Welt ist durchgehend von zwei operativen Leitbegriffen geprägt: *Globalisierung* und *Terrorismus*. Beide Begriffe ergänzen sich als Mittel zu bestimmten Zielen. Sie gestalten in verschiedenen Formen wichtige Aspekte des Alltags und den öffentlichen Diskurs. Vor allem in Europa und in den USA wird die Bevölkerung fast täglich mit angsterregenden Erinnerungssymbolen von Truppenbewegungen, die vor allem im mittelasiatischen Raum zum Einsatz kommen, auf Trab gehalten. Direkt aus dem Lehrbuch von Carl Schmitt ist somit ein totalitäres Feinbild konstruiert worden, auf das immer wieder zurückgegriffen werden kann.

In der einen oder anderen Form prägt *Globalisierung* als Idealvorstellung die Geschichte der christlich-abendländischen Heilslehre und Eschatologie:

Dann sagte er zu ihnen: Geht hinaus in die ganze Welt, und verkündet das Evangelium allen Geschöpfen!

(Markus, 16:15)

Darum gebet hin und machet zu Jüngern alle Völker: Taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.

(Matthäus, 28:19-20)

In der heutigen Zeit sind aber drei geschichtlich unterscheidbare Entwicklungszüge von Globalisierung erkennbar, die sich dennoch in ihrer Wirksamkeit ergänzen: das sozialpolitische Moment der Lebenswelt als Inbegriff menschlicher Zugehörigkeit; der Globus im Ganzen als potentiell grenzenloser Handlungsspielraum von Wirtschafts- und Finanzinteressen; die Welt als Austragungsort von verheerenden, globalen Kämpfen, *oder von einer Weltregierung*, die von Auguste Comte selbst nicht besser hätte entworfen werden können.

Der westfälische Friedensvertrag markierte das Ende des äußerst blutigen Dreißigjährigen Krieges, der fast ganz Europa in Mitleidenschaft hineingezogen hatte. Der Vertrag beendete ebenfalls das *cuius regio, eius religio* Prinzip und führte wieder den im Augsburger Friedensabkommen (1555) ausgearbeiteten Toleranz-Grundsatz gegenüber Protestanten ein. Aber auch aus einem anderen Grund war der westfälische Friedensvertrag bedeutsam: Die Friedensvermittlungen in Münster und Osnabrück basierten sowohl auf dem Entschluss aller Beteiligten, die Friedensbedingungen auf dem Wege des rationalen Diskurs auszuarbeiten, wie auch auf der gegenseitigen Verpflichtung, den Ausgang der Verhandlungen *nolens volens* als bindend zu akzeptieren. Gerade diese *meta-normative Funktion* der Verhandlungen war Zeugnis eines Vernunftprinzips im kant'schen Sinne, das imstande war, verfeindete volkseigene Interessen und Glaubenslehren zu transzendieren.³ Die westfälischen Verträge bilden somit als Zeugnis eines Vernunftprozesses das weitreichende Fundament politisch-rechtlicher Verhandlungen, die überhaupt so etwas wie Völker- und Staatsrecht ermöglicht haben.

Parallel zu der Herausbildung staatlicher und völkerrechtlicher Prinzipien haben vor allem Wirtschafts- und Finanzinteressen sich gleichzeitig des Mediums der Rechtsstaatlichkeit bedient. Es ist die Macht dieser Interessenbereiche, die heute imstande ist, den gesamten Lebens- und Erfahrungsbereich in bisher unbekanntem Ausmaß zu bestimmen.

Lautlos und ohne jedwede Form von Gewalt vollzog sich im Jahre 1913 ein *coup d'etat*, dessen Folgen 100 Jahre später eine Neustrukturierung des gesamten Globus bewirkt haben. Sorgfältig geplant und behutsam abgeschirmt von der Öffentlichkeit und ihren derzeit gewählten Repräsentanten haben mächtige Vertreter der wichtigsten Finanzhäuser des 20. Jahrhunderts per Gesetzesänderung die Grundlagen des sozial-ökonomischen, politischen Seins neu bestimmt. Dass dies in der Zeit der berüchtigten und vom amerikanischen Volk verhaßten „Robber Barons“ geschah, war kein Zufall, sondern eine absehbare Folge des Monopol-Kapitalismus extremster Ausprägung. Zwei Männern — John D. Rockefeller und J. P. Morgan — war es gelungen, ein entscheidendes Monopol in vielen wichtigen Bereichen von Industrie, Finanz, Transport und Energie für sich zu erzielen. Das Imperium des J. P. Morgan umfaßte mehr als 100 Firmen mit einem Vermögenswert von über \$22 Milliarden und galt als das Sinnbild der *trusts* oder Treuhandgesellschaften. Louis Brandeis, Richter am U.S. Supreme Court (dem Bundes-Verfassungsgericht), war der Meinung, dass die *money trusts* die größte Gefahr für die gesamte U.S. Wirtschaft darstellten.⁴ In den Worten von J. Bradford De Long,

If Morgan did not think he should help a corporation raise money, money would not be raised. The firm's expansion plans would not be carried out. The flow of investment in the United States was thus directed to and the expansion of industrial capacity took place in industries and firms that Morgan and his few peers wished to see expand, not elsewhere. ... Overall Morgan and a small band of fellow financiers exercised a degree of control over corporate America not even remotely paralleled by any group since World War II.⁵

John D. Rockefeller war ebenfalls berüchtigt als rücksichtsloser Monopolist der Standard Oil Company, der all seine Kontrahenten durch gnadenlose Preiskriege in den Ruin trieb. Als konkurrierende Firmen dann schließlich nicht mehr mithalten konnten, kaufte dann Rockefeller die Firmen auf und ließ die Preise wieder nach oben klettern. Die Standard Oil Company war Gegenstand einer ganzen Serie von Leitartikeln, die die Journalistin Ida Tarbell in *The History of the Standard Oil Company* mutig vor die Öffentlichkeit brachte. Tarbells

detaillierte Darstellungen des skrupellosen Vorgehens der Rockefellers entsetzten derzeit das ganze Volk.

Rockefellers Standard Oil hatte sich 1870 mit Vertretern einiger Eisenbahn-Transportfirmen zu einem wirksamen Kartell zusammengeschlossen, das dann imstande war, die Transportkosten für die Produkte konkurrierender Firmen drastisch zu erhöhen. Trotz Proteste in der Öffentlichkeit setzte Rockefeller seinen Vernichtungskrieg gegen jede Form von Konkurrenz durch. Im Jahre 1882 hatte die Standard Oil Trust - eine Vereinigung von mehr als 40 Körperschaften - mehr als 100,000 Angestellte und besaß mehr als 5,000 Transportgüterwagen, Tausende Meilen von Öl-Pipelines, und 20,000 Bohrstellen. Der oberste Gerichtshof der USA entschied im Jahre 1911, dass die Standard Oil von New Jersey gegen das Sherman Anti-Trust Act verstieß und verordnete die Aufteilung der Firma in 34 separate Firmen. Rockefellers persönlicher Reichtum wurde derzeit auf etwa \$900 Million beziffert.

Es darf also daher nicht wundern, dass sich im Jahre 1913 die wichtigsten Repräsentanten der Geschäfts- und Finanzinteressen von J. P. Morgan und J. D. Rockefeller heimlich zusammen trafen, um über die Zukunft des Landes zu entscheiden. Der Ort war Jekyll Island, Georgia, eine Privatinsel von J. P. Morgan, der sein Estate für die Tagung zur Verfügung stellte. Vorausgegangen war die Bank-Panik von 1907. Derzeitigen Berichten zufolge hatte jemand aus dem „House of Morgan“ das Gerücht in die Welt gesetzt, dass die Knickerbocker Trust Company pleite gehen würde nach dem der spekulative Plan, die Aktien der United Copper Company aufzukaufen, schief ging. Banken, die wie die Knickerbocker Trust erheblich viel in den Plan investiert hatten, würden den Gerüchten zufolge womöglich in Konkurs gehen und daher sei mit einem Ansturm auf die Banken zu rechnen. Innerhalb von Stunden sanken die Werte dieser Institutionen um Millionen. Eine Pleitewelle erfolgte im ganzen Land und die Börse in New York verzeichnete einen Verlust von ca. 50% gegenüber dem Jahr zuvor.

Einer Senats-Untersuchungskommission unter der nicht per Zufall gewählten Leitung von Senator Nelson Aldrich kam die Aufgabe zu, die Ursachen für die Krise herauszufinden und Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Nelson Aldrich war der derzeitige Vorstandsvorsitzende der National Monetary Commission und Schwiegervater von John D. Rockefeller. Wie gerufen gesellten sich zu Aldrich die übrigen Mitglieder dieses hochkarätigen Finanzgremiums zusammen: Abraham Piatt Andrew,

Untersekretär des Bundesschatzamt; Henry P. Davison, ranghoher Geschäftsteilhaber bei J. P. Morgan Company; Charles D. Norton, Präsident der Morgan-eigenen First National Bank of New York; Benjamin Strong, Leiter der Morgan Bankers Trust Company; Frank A. Vanderlip, Präsident der mächtigen National City Bank of New York und Vertreter von William Rockefeller und der internationalen Anlagegesellschaft Kuhn, Loeb und Co.; Paul M. Warburg, Partner bei Kuhn, Loeb und Co. So verborgen waren die Hinfahrt nach Jekyll Island und der dortige Aufenthalt, dass alle Beteiligten sich nur mit Vornamen anreden durften. Die regulären Dienstkräfte des Anwesens bekamen überraschenderweise Urlaub und wurden durch neue Belegschaft ersetzt.

Aus guten Gründen also war strengste Geheimhaltung das oberste Gebot. Hätte nämlich das Volk, der Kongress oder der Präsident die Details der auf Jekyll Island ausgeschmiedeten Pläne völlig verstanden, wären die Morgan- und Rockefeller-Vertreter zuerst ausgelacht und anschließend wegen Landesverrat verhaftet worden. Ein Schlüsselmechanismus ihres Vorhabens war die wachsende Wut des Volkes gegen die Vertreter der Hochfinanz und Wall Street-Interessen. Mithilfe von strategisch platzierten Partnern innerhalb der Regierung und der Presse waren die Bankiers imstande, die Volkswut zu ihren eigenen Gunsten trickreich auszunutzen. Sie verlangten nämlich eine *grundlegende Reform der Bank- und Finanzindustrie*. Dass dieses Vorgehen eindeutig an die internationale Bankkrise und an den Inhalt im internationalen politischen Diskurs unserer Zeit erinnert, ist kein Zufall.

Das Wort „Bank“ sollte nirgends in den Überschriften der Zeitungsberichte oder dem Titel des von dem Jekyll Island Gremium ausgeklügelten Gesetzentwurfs erkennbar sein, um nicht den Mißmut des Volkes noch mehr anzuheizen. Der Gesetzentwurf, der zunächst den Namen „Aldrich Bill“ bekam, wurde in das „Glass-Owen Act“ umbenannt. Ferner, die Bankvertreter zogen alle Register, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, der Gesetzentwurf würde den Bankiers Schaden zufügen. Damit lagen sie richtig in der Hoffnung, Zustimmung im Volk zu erzielen.

Zwei Tage vor Heiligabend, 1913, mit 25 Senatoren bereits nach Hause zu ihren Familien gefahren, wurde das von den Bankiers selbst entworfene Gesetz verabschiedet und prompt von Präsident Woodrow Wilson unterzeichnet. Der wahrscheinlich größte Betrug in der Menschengeschichte war somit amtlich.

Dieses Gesetz entzog dem Staat das Recht der Geldschöpfung und übergab es den Privatbanken unter der Schirmherrschaft des neu kreierte Federal Reserve System. „Federal“ ist lediglich eine Bezeichnung, die ausgewählt wurde, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich um eine staatliche Institution. Dies ist nicht der Fall, denn in Wirklichkeit ist die Federal Reserve Bank eine völlig private Superbank, die in keiner Weise verpflichtet ist, ihre Geheimnisse zu lüften oder dem Volk und seinen Repräsentanten Einblicke in die zugrunde liegenden finanziellen oder monetären Abwicklungen zu gestatten.

Die US-Amerikanische Verfassung legt fest, dass einzig dem Kongress das Recht zukommen darf, „to coin money“ und „regulate the value thereof“. Das Glass-Owen Gesetz versteht diese Klausel wortwörtlich als Münzprägung; den Privatbanken geht es vielmehr um das Recht der Notenherstellung, und diese geschieht in folgender Weise: Wenn der Staat Geld braucht, schreibt er Staatsobligationen oder Bundesschatzbriefe („treasuries“) aus — Schuldscheine also, ein Versprechen, die aufgedruckte Summe zu einem späteren Zeitpunkt zurück zu zahlen *und zwar verzinst*. Diese Schuldscheine verkauft der Staat nun an die private Federal Reserve Bank, die ihrerseits per Computertaste die entsprechende Summe einmal als Kundenguthaben (Passivposten) und einmal als Kredit (Aktivposten) eingibt. Die Federal Reserve Bank stellt dann dem Staat als Kunden einen Federal Reserve Scheck aus, der mit nichts gedeckt ist. Der Staat unterschreibt dann den Scheck und übergibt ihn einer der 12 Branchen der Federal Reserve Tochterbanken, die die Summe dem Staatskonto gutschreibt. Von diesem Konto werden Zahlungsschecks an Millionen von Empfängern ausgestellt. In dem Moment erst wird aus diesen Schrittfolgen „Geld“. Entgegen einem weit verbreiteten Glauben, dass Banken ihr eigenes Geld ausleihen, das sie irgendwie erworben haben, steht die Tatsache, dass Banken Geld *aus dem Nichts hervorzaubern und zwar per Computertaste*. Es sind also die kommerziellen Banken, die das Geld schöpfen und zwar mit einem zusätzlichen Trick: *fractional reserve lending*. Die Summe, die der Staat auf sein Konto gutgeschrieben bekommt (als Passiva bei der Bank), gelten bei der Bank gleichzeitig als Aktiva so lange sie die Bank nicht verläßt; sie heißen in diesem Falle „Reserven“. Die Federal Reserve Bank verlangt von ihren Tochterbanken, dass sie lediglich 10% einer ursprünglich eingezahlten Summe als Reserve beibehält; ganze 90% dieser Summe können dann vervielfältigt als verzinsten Kredit ausgeliehen werden. In

Europa liegt der Mindestreservesatz bei 2%. Das heißt also, dass die Geschäftsbanken das 50fache ihrer Gesamtguthaben bei der Zentralbank als Kredit aus dem Nichts kreieren und an Kunden verleihen. Hinterlegt der Staat also einen Federal Reserve Scheck in Höhe von beispielsweise \$10,000, dann hinterlegt in diesem Falle die Branche \$1,000 als Reserve und verleiht mit Zinsen \$9,000. Diese \$9,000 werden von den evtl. Empfängern dieser Bankdarlehen ebenfalls auf ein Bankkonto eingezahlt und diese Bank behält 10% (\$900.00) als Reserve und verleiht mit Zinsen die restlichen \$8,100 an weitere Kunden. Diese wiederum wiederholen den Prozeß usw. Natürlich erhält der Kontoinhaber ebenfalls einen Zinsbetrag, solange er sein Geld auf seinem Konto behält, aber diese Zinssätze liegen meistens weit unter dem Betrag, den die Bank an Zinszahlungen vom Lohnempfänger erhält. In diesem Prozeß existiert Geld, nur wenn Schulden entstehen und der ganze Prozeß ist an sich bereits inflationär.

Viele Geschäftsmänner (u. a. Henry Ford und der Erfinder Thomas Edison) der Zeit erkannten bereits den betrügerischen Hintergrund dieses Vorgehens und plädierten für eine Rückkehr zu der staatseigenen Notenherstellung. Aber die gesetzliche Verankerung des Federal Reserve Systems in den Vereinigten Staaten, nach dem bereits seit Ende des 17. Jahrhunderts in England bestehenden System, war nur der Anfang.

Wie andere dem Internationalen Währungsfonds angeschlossene Zentralbanken vermag auch die Federal Reserve die Geldmengen im Umlauf zu senken oder zu erhöhen, indem sie den Mindestreservesatz anhebt bzw. fallen lässt. Das Gleiche gilt natürlich auch für Zinssätze. Gelegentlich müssen die dem System untergeordneten Geschäftsbanken Geld von der Zentralbank selbst leihen. Dies ist besonders oft der Fall, wenn sie z.B. ihre Reserven zu knapp bemessen haben. In dem Falle zahlen diese Banken einen Zinssatz, der meistens unter dem liegt, den die Geschäftsbank von ihren Kunden verlangt. Auf jeder Stufe bekommen die Privatbanken, zu denen die Zentralbank als Spitze der Pyramide zählt, Zinsen für „Geld,“ das sie aus dem Nichts geschaffen haben.

Aus diesem Schema ist erkennbar, dass es gar nicht im Interesse der Banken liegt, wenn Kunden ihre

Darlehen (die Aktiva) zurückzahlen. Bekommt ein Kunde beispielsweise ein Darlehen in Höhe von \$95,000, das er mit einem Zinssatz von 7% über 22.5 Jahre zurückzahlen soll, so erhält die Bank allein an Zinsen \$93,780 über den besagten Zeitraum. Würde der Kunde das Darlehen überraschenderweise innerhalb von nur zwei Monaten zurückzahlen, würde die Bank die Zinsen, die sonst bei dem vollen Verlauf der ursprünglich angesetzten Zeit angefallen wären, verlieren. Im Falle von ganz großen Kunden wie z.B. Entwicklungsländern, entstehen häufig für die jeweilige Bank Zinsgewinne in Milliardenhöhe.

Der Erste Weltkrieg und sein Ausgang lieferten den gewünschten Boden zur Konsolidierung des globalen Finanzwesens nach dem bereits per Gesetz eingeführten Federal Reserve System in den USA (dass mächtige Interessen aus dem internationalen Finanzwesen mitwirkend den Krieg begünstigt haben sei dahingestellt. Das Anliegen hier betrifft nur die Genese und Fortführung des Zentralbanksystems als globale Kartellmacht.)

Das unermessliche Grauen des Ersten Weltkriegs führte zu der Erkenntnis, dass die globale Gemeinschaft der Menschen bestimmte Grundsätze als allgemeingültige Prinzipien akzeptieren und sich für die Verwirklichung dieser Prinzipien einsetzen müßte. Dies könnte aber nur geschehen, wenn sich die einzelnen Staaten zu einem Völkerbund im Kant'schen Sinne zusammen schließen und sich zur Einhaltung dieser Grundsätze verpflichten würden, wie bereits im westfälischen Frieden (wenn auch nur vorübergehend) vorgeführt.

Kant erkannte in aller Deutlichkeit, dass das Vernunftideal eines Völkerbundes mitsamt seiner verschiedenen Sprachen und Religionen „kein Naturzustand ist,“ sondern ein „Föderalismus freier Staaten,“ der „gestiftet werden“ muß (Kant, *Zum ewigen Frieden*, BA18 und BA30). Kant bemerkte ebenfalls, dass die Länder früher oder später von sich allein auf die mögliche Nützlichkeit einer solchen den Frieden im besten Fall garantierenden Vereinigung kommen würden und zwar aus ökonomischen Interessen: „Es ist der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt“ (Kant, *Zum ewigen Frieden*, B65, A64). Gleichzeitig warnte er vor den Versuchen der Machthabenden, „sich in die Verfassung und

Regierung eines anderen Staats gewalttätig ein[zumischen“ oder einem anderen Staat „ein Kreditsystem ... für die Forderung gesicherter Schulden“ aufzuzwingen (Kant, *Zum ewigen Frieden*, BA 9-11).⁶

Im positiven Sinne eines solchen Ideals wurde von den Vertretern der am Krieg beteiligten Länder am Ende des Konflikts der „Covenant of the League of Nations“ gegründet. Der Vertrag umfasste insgesamt 26 Grundsätze, zu denen sich die Einzelstaaten bedingungslos verpflichten sollten. Dem Bund gehörten bis zu seiner Auflösung insgesamt 58 Mitgliedsstaaten an. Das Hauptproblem mit dem Völkerbund lag darin, dass den Ideal-Grundsätzen ganz erhebliche ökonomische Interessen zugrunde lagen, die bereits in sich die Keime seines Scheiterns trugen. Die Staatengemeinschaft basierte nämlich auf dem *status quo* der Siegermächte, deren Vertreter aus der Hochfinanz im Friedensvertrag von Versailles vor allem Deutschland schlicht unmögliche Bedingungen oktroyierten. Am 31. Mai 1922 berichtete die *New York Times* von den Schwierigkeiten Deutschlands mit der Rückzahlung der Reparationssummen an die alliierten Streitmächte und fasste gleichzeitig die Anforderungen der *Entente* wie folgt zusammen:

The Reparation Commission called on Germany to consent to the following undertakings before May 31:

1. Reduce expenditures and balance the budget.
2. Halt the increase of the foreign debt and the growth of paper money in circulation.
3. Accept allied supervision of her efforts in that direction.
4. Take measures to prevent the further flight of capital and to get back \$2,000,000,000 spirited out of the country in the last two years.
5. Assure the Reichbank's autonomy from politics.
6. Resume publication of Government fiscal statistics.”⁷

Aufmerksame Leser sehen sofort die unverkennbaren Parallelen zu den späteren in nahezu allen Entwicklungsländern sowie in einigen hochentwickelten Industriestaaten von dem Internationalen Währungsfonds aufgezwungenen *strukturellen Anpassungsprogrammen* einschließlich der geschickt formulierten Aufforderung, die Reichsbank zu privatisieren. Solche Konditionen des IWF haben immer

wieder in zahlreichen Ländern zu ökonomischen Krisensituationen und weit verbreiteter Armut geführt. Dazu ein Kommentar des Nobel-Preisträgers in Ökonomie, Joseph Stiglitz:

The IMF is pursuing not just the objectives set out in its original mandate, of enhancing global stability and ensuring that there are funds for countries facing a threat of recession to pursue expansionary policies. It is also pursuing the interests of the financial community. This means the IMF has objectives that are often in conflict with each other.

The tension is all the greater because this conflict can't be brought out into the open: if the new role of the IMF were publicly acknowledged, support for that institution might weaken, and those who have succeeded in changing the mandate almost surely knew this. Thus the new mandate had to be clothed in ways that seemed at least superficially consistent with the old.⁸

Und genau um den expandierenden Machtbereich des privaten Bank-Kartells ging es bereits während und am Ende des Ersten Weltkriegs. In einem aufschlußreichen Aufsatz, der im April 1936 im amerikanischen *Foreign Affairs* (dem zentralen Sprachorgan des einflußreichen und von Rockefeller -Finanzen mitbegründeten *Council on Foreign Relations*) veröffentlicht wurde, hat Leon Fraser das ganze Hinterspiel um die Reparationsanforderungen und die *ad hoc* eingerichtete Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf den Nenner gebracht:

The truth was that the experts [der Young-Kommission in dem zweiten Anlauf des Reparationszahlungsschemas, j.p.] seized the occasion of the new reparation adjustment as an excuse to repair a long recognized gap in the international financial fabric. The organization which they proposed had functions not connected with reparations, and these ostensibly secondary functions were, in the inner consciousness of the originators, the predominating motives for its establishment. By some of the members—in particular those connected with commercial banking—the institution was envisaged as an instrument for opening up new fields of world trade by means of fresh extensions of credit [...] While there was no unanimity about the opportuneness of creating more credit, all experts agreed that the Bank could fill one obvious hiatus in the financial organization of the world, namely provide a center for central bank collaboration and for cooperation to improve the international monetary mechanism.⁹

Louis McFadden, ehemaliger Bankier und Congress-Abgeordneter aus dem US-Bundesstaat Pennsylvanien, verurteilte aufs Schärfste die im Versailles-Vertrag vorgeschriebenen Kriegsbedingungen und die Einrichtung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die für die Entgegennahme der aus Deutschland stammenden Goldzahlungen beauftragt war. Bezug nehmend auf die von Grotius (*De Jure Belli ac Pacis*) ausgelegte Theorie eines gerechten Friedensabkommens argumentierte McFadden, dass die Bedingungen des Versailles-Vertrags in böser Absicht zugunsten des „banking house of Morgan and Company“ zustande kamen, selbstverständlich mit Hilfe des hochkarätigen Beraterkreises aus den Hochfinanzhäusern von London, New York und Paris, die mit unermesslicher Kaufkraft im Hintergrund der Friedensverhandlungen mitgewirkt hatten. Die Langzeitkonsequenzen dieses ungerechten Ausgangs vorausahnend, warnte McFadden mit Nachdruck, dass *the whole 'reparations bonds' which Germany was forced to issue to liberate itself from the enforced bondage it was subjected to in both the armistice and the Treaty of Versailles*, bildeten die Grundlage von vielen neuen „legally justifiable“ Kriegen.¹⁰ Die Warnung war prophetisch genau.

Die Konsolidierung der Welt-Wirtschafts- und Finanzmacht im Westen am Ende des Zweiten Weltkriegs ermöglichte eine rasche und umfassende Globalisierung von den bereits im Keim erkennbaren Zügen des League of Nations. Die Grundierung der Vereinten Nationen (1945) sowie die Ausarbeitung und Implementierung der im Bretton-Woods-Abkommen (1944) fundierten Weltbank und des Internationalen Währungsfonds trugen zu einem einheitlichen Währungs- und Finanzsystem nach britisch-amerikanischem Muster bei. Dies bedeutete vor allem, dass die jeweiligen Zentralbanken der Mitgliedsländer sich dem Operationsmodell des US-Federal Reserve System weitgehend anpassen sollten. Die ehemals dem Staat zugesprochene Rolle, Geld als Landeswährung auszugeben, wurde nach den neuen Leitlinien den Privatbanken im nun immer größer werdenden, supranationalen Zentralbank-Kartell überschrieben; deren Aufgabe ist die Schöpfung von Geld als Schulden oder Kredit auf globaler Ebene, damit die Anteilseigner ordentlich von den immer massiveren Zinsen profitieren können. Dies hatte u.a. zur Folge, dass konkurrierende Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle wie sie vor allem in marxistisch-geprägten sozialistischen Ländern vertreten waren, aufs Härteste bekämpft wurden.

Positiv dagegen zu bewerten war vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als grundlegender Versuch, globale Akzeptanz für internationale Richtlinien zur humanen Behandlung von Flüchtlingen sowie

für umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Formen der Unterdrückung von Frauen und ethnischen/religiösen Minderheiten herzustellen. Die Parallelen zu kant'schen Motiven sind erkennbar im Auftauchen dieser „weltbürgerlichen Absichten“ zu einem Zeitpunkt, den Seyla Benhabib als „cosmopolitan moment“ bezeichnet.¹¹ Das Grauen des Zweiten Weltkriegs übertraf alles, was die Menschheit bis dahin an Grausamkeit gekannt hatte. Als die Weltöffentlichkeit endlich Einblicke in die systematische, fabrikmäßige Ermordung der 6 Millionen Juden in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten gewann, setzte bei vielen ein Pflichtbewußtsein ein, den Ermordeten zu garantieren, dass Folter, Völkermord und sonstige Grausamkeit niemals wieder vorkommen könnte.

Der Bedarf an moralisch vertretbar/universal-gültigen Richtlinien und durchsetzbaren Maßnahmen zum Schutz vor Folter, Mord, Verfolgung, Ausbeutung und Unterdrückung ist heute genau so dringend wie gestern. In vielen Ländern sind Wille und Mittel zur Ausführung von Genozid ungebrochen, und Sklaverei nimmt ebenfalls immer modernere Formen an. Die instrumentelle Vernunft erfindet immer grauenvollere Tötungsmechanismen zur Ausführung von alltäglicher Barbarei vor allem gegen Tiere. In China allein wurden bisher auf den staatlich sanktionierten „Pelz-Farmen“ schätzungsweise 4 Millionen Katzen, Hunde und Hasen meistens *bei vollem Bewußtsein lebendig gehäutet*, und das grausame Ermorden geht täglich weiter, ohne Aufregung oder Protest der Weltöffentlichkeit. Ebenfalls von Ausrottung bedrohte Tierarten werden wegen ihrer Knochen, Augen, Haut, oder anderer Körperteile geschlachtet. Globalen Artenschutz-Organisationen fehlen oftmals die finanziellen Mittel zur Durchsetzung von erforderlichen Programmen oder sie stoßen auf Widerstand seitens der vorwiegend ländlichen Bevölkerungsgruppen, die in den Stoßzähnen eines Elefanten, dem Geschlechtsglied eines Tigers, oder den Panzerteilen einer 150-jährigen Riesenkröte die Chance sehen, an schnelles Geld heranzukommen. Diese verachtenswerten Praktiken können nur dann effektiv verboten und angemessen bestraft werden, wenn aufgeklärte Menschen sich zusammen tun, um Artenschutz- und ähnliche Hilfs- und Rettungsprogramme einerseits zu überwachen, andererseits zu unterstützen, und um Länder, die solche Praktiken erlauben, weitest gehend zu boykottieren.

Die wirtschaftlich-finanziellen Aspekte der Globalisierung haben viel weniger Erstrebenswertes zu verzeichnen. Die neuesten Erscheinungsformen und Möglichkeiten der Verflechtung von Kapital und Staat

sind in zahlreichen Studien belegt worden. Die immer noch weit verbreitete Ansicht, dass Geld, Kapital und Staat legitim getrennt werden können, basiert auf schlichtem Etikettenschwindel und der Unfähigkeit, hinter die Rauch- und Spiegelkulissen zu sehen.

Der oberste Grundsatz der global-gewordenen Wirtschaftsinteressen lautet: Findet die kürzeste Strecke dorthin, wo Lohnkosten am niedrigsten sind, Umweltschutzgesetze am wenigsten stören, und Regierungskräfte das größte Verständnis für profit-orientierte Unternehmen zeigen. Die Globalisierungsmaschine wartete bereits in den Heimat- oder Ursprungsländern mit einem umfassenden PR-Apparat, um den ganzen Plan den Völkern zu Hause schmackhaft und verlockend zu machen. „Man“ fühlte sich plötzlich als integriertes Glied des Jetset-Internationalismus. Im Hintergrund arbeiten in ununterbrochenem Einsatz die vereinten Kräfte des Internationalen Währungsfonds, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Weltbank, und schließlich der Welthandelsorganisation mit Plänen zur Einführung von profitmaximierenden Maßnahmen überall dort, wo Arbeitskräfte angekurbelt und neue Konsumenten durch immer clevere Vermarktungsstrategien gewonnen werden können.

Globale Konzerne und das internationale Finanzwesen bedienen sich des guten humanitären Willens aller Bürger, die in einander gute Menschen sehen wollen. Kein vernünftiger Mensch in der heutigen Welt will als Rassist angesehen werden. Aber der ökonomisch bedingte Flüchtlingsstrom aus den unterentwickelten Ländern in die post-industrialisierten urbanen Zentren Nordeuropas und Nordamerikas durchmischt ungleichzeitige Entwicklungsgeschichten mit ernststen Auswirkungen. Häufig vergessen in den oft heftigen Debatten über Rechte und Assimilationsversuche von Wirtschaftsflüchtlings ist die Tatsache, dass die Errungenschaften der entwickelten Industriestaaten in wichtigen sozial-ökonomischen Bereichen wie Arbeitsschutz, Gesundheitspflege, Kinderversorgung und Sozialhilfe, das Ergebnis von langwierigen, hartumkämpften Auseinandersetzungen zwischen progressiv-eingestellten Gewerkschaftsbewegungen und profit-orientierten Arbeitgeberverbänden waren. Solche Auseinandersetzungen beruhen ihrerseits auf geschichtlich vermittelten Bereitschaftsformen, patriarchalische Autoritätsstrukturen herauszufordern und archaische Normen, die vor allem in ländlichen Agrarländern zur Geltung kommen, durch kodifizierte Gesetznormen zu ersetzen.

In Gebieten wie Los Angeles, wo Immigranten der ersten und zweiten Generation bereits die überwiegende

Mehrheit der Bevölkerung darstellen, sind viele strukturelle Änderungen bereits erkennbar, die eine Rückentwicklung zu früheren Gesellschaftsstadien beinhalten. Die Stadt verzeichnet die Landes höchsten Schwangerschaftsraten unter jugendlichen Mädchen vor allem aus lateinamerikanischen Familien. Junge Frauen, die bereits mit 15 zum zweiten Male Mütter werden, haben nur selten reale Aussichten auf einen guten Beruf und verlassen häufig die Schule, weil sie sich um die Kleinkinder kümmern müssen. Daher weist die Stadt ebenfalls die höchsten Zahlen an Kindern auf, die die Schule frühzeitig verlassen. Wenn die Bedeutsamkeit von höherer Bildung weitgehend unbeachtet bleibt, treten dann andere Ersatzformen an den Tag wie etwa die beängstigend große Zahl von jugendlichen Gangmitgliedern, denen Gewaltakten wie bewaffneter Überfall und Mord von Kindheit an vertraut sind.

Im Los Angeles County verzeichnete das H.A.L.T. (Health Authority Law Enforcement Taskforce - eine von der Regierung zusammengestellte Sondergruppe, die mit der gesetzlich vorgeschriebenen Einhaltung von medizinischen Standards beauftragt ist) im Jahre 2004 über 900 Fälle von krimineller Praxis im medizinischen Bereich. Auch hier handelte es sich in der überwiegenden Mehrzahl von Fällen um völlig untrainierte Frauen und Männer aus Entwicklungsländern, die sich plötzlich entschieden hatten, in der Garage oder im Hinterzimmer des eigenen Hauses eine Zahnarztklinik oder Schönheitschirurgie zu eröffnen. Ein Mitglied des Untersuchungsteams fand in einem Fall eine private Motorradwerkstatt, die zu einer betriebsamen Zahnarztklinik zweckentfremdet wurde. Neben dem Patientenstuhl lagen dreckige Wrackteile aller Art und ein Gartenschlauch führte vom Toilettenwaschbecken direkt zum Mund der Patientin.²

In Wahrheit verlassen die meisten Menschen nur äußerst ungern ihre Heimat. Sie tun dies in den allermeisten Fällen nur dann, wenn sie aus politischen, sozialen oder finanziellen Gründen dazu gezwungen werden. Und hier sind vor allem die Strategien des IWF und der Welthandelsorganisation am Werk. Charakteristisch für das Vorgehen beider Globalisierungsinstrumente ist die Bindung von viel benötigten finanziellen Mitteln vor allem in Entwicklungsländern an den „conditionalities“ für „quick disbursing policy-based loans“ - Bedingungen also, die der jeweilige Staat als Darlehensempfänger im Wirtschafts- und Finanzwesen des Landes erfüllen muß. Dieses bedeutet letzten Endes nichts anderes als die Einführung einer profit-orientierten neoliberalen Wirtschaftsstruktur und die Privatisierung aller Banken unter der hierarchisch gegliederten Struktur der privaten

Zentralbank unter Aufsicht der obersten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel.

Das schematische Vorgehen des IWF, der Weltbank, und der WHO nimmt auch gelegentlich absurde Konturen an. Im Rahmen eines in Bolivien von der Weltbank und dem IWF eingeführten *Strukturellen Anpassungsprogramms*, hatten Vertreter der beiden Organisationen die Privatisierung sämtlicher Ressourcen verlangt, die zuvor von der öffentlichen Hand betrieben wurden, einschließlich der staatlich betriebenen Flug- und Eisenbahnlinsen sowie Kraftwerke und sogar Wasserversorgung. Die im *Enhanced Structural Adjustment Facility (ESAF) Policy Framework Paper for 1998 - 2001* ausgehandelten Rahmenbedingungen für weitere Weltbankdarlehen an Bolivien sah u.a. vor, dass die „Rechte“ für die seit Jahrhunderten bestehenden Wasserquellen an die Privatfirma Aquas de Tunari, eine Tochterfirma des International Water Ltd. - / Bechtel Corp.-Konsortiums übergeben wurden.¹ Für weite Teile der Bevölkerung stiegen alsbald die Preise für das notwendigste Lebenselement bis zu 300 % an; somit wurde Wasser für viele Familien unbezahlbar. Ein von der Weltbank veröffentlichter Bericht empfahl: *no public subsidies should be given to ameliorate the increase in water tariffs in Cochabamba.*²

Zur Zeit sind es vor allem die Machenschaften der Welthandelsorganisation, die für besonders prekäre Globalisierungsstrategien sorgen. Aus einem internen Geheimbericht, der an den für *The Guardian* schreibenden Journalist Greg Palast geschickt wurde, geht hervor, dass Vertreter der Welt-Finanzelite die linksstehende Lula-Regierung in Brasilien mit Strafmaßnahmen drohen würden, wenn Brasilien weiterhin als letztes finanzkräftiges Land dem *Financial Services Agreement* von 1999 seine Unterschrift verweigert. Dieses Abkommen war die Grundlage für die *Deregulierung* von sogenannten „financial products“ (d.i. „Derivatives“ wie Credit Default Swaps und Collateralized Debt Obligations), die später Ende 2007 zu der Weltwirtschafts- und Finanzkrise geführt haben.

Im Einklang mit dem historisch bereits erkennbaren Muster ist der Ursprung der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Chef-Etagen der privaten „Federal“ Reserve Bank und ihren Branchen zu finden. Dank der am 11.9.2001 ausgeführten „Angriffe“ auf New York und Washington war das Federal Reserve System „gezwungen“, die Leitzinsen auf ein Minimum zu sinken, um der Gefahr eines wirtschaftlichen „Supergau“

¹ Die Bechtel Corporation ist vor allem als Empfänger sämtlicher von der George W. Bush-Regierung geforderten „Rekonstruktionsaufträge“ im Nachkriegs-Irak bekannt geworden.

vorzubeugen. Dieser Schritt begünstigte die Entscheidung aller Tochterbanken, Kredite hauptsächlich als Hypotheken für den künftig wachsenden Immobilienmarkt an fast jeden (einschließlich der bereits Verstorbenen) auszuhändigen. Zwei Jahre später war die Nation im Kaufrusch mit unbegrenzten Träumen von unendlich steigenden Preisen für Häuser und Eigentumswohnungen. Manch einer kaufte gleich mehrere Häuser, um sie auf schnellstem Wege für einen weit höheren Preis wieder los zu werden. Somit war der Boden bereitet für den Einsatz eines bis dahin kaum bekannten finanziellen Instruments, das in den höheren Rechenzentren von (wiedermal) J. P. Morgan (einem der bedeutendsten Mitspieler im Kreditgeschäft) und Goldman Sachs, seinen Ursprung hatte. Das Instrument, das zunächst auf den Namen *BISTRO* („Broad Index Secured Trust Offering“) getauft wurde, ermöglichte per Computertastendruck die rasche und unvorstellbar leichte Vervielfältigung von Gewinnkapital durch „Credit Default Swaps“, die vom „House of Morgan“ in Päckchen aufgeteilt und an Hunderte von interessierten Großfirmen, Banken und Anlageberater weltweit verkauft wurden. Wie *Der Spiegel* richtig urteilte, „Bankmanager und Zentralbanker waren auf diesem Schiff die Kapitäne, darunter Superstars wie die JP-Morgan-Managerin Blythe Masters und der Ex-chef der US-Notenbank, Alan Greenspan.“⁴⁴

Im Frühjahr 2008 begann der Zusammenbruch mit der Pleite der Investmentbank Bear Stearns in New York. Die Bank wurde in Windeseile von J. P. Morgan zu einem äußerst günstigen Aktienpreis übernommen. Als nächste Bank fiel dann Lehman Brothers. In rascher Folge zogen dann Banken in allen Weltteilen die Kredite ein; kleinere Banken gingen unter. Einhergehend mit den massiven Kreditausfällen folgten ebenso massive Börsenverluste weltweit und zwar in Billionenhöhe. Es stellte sich bald heraus, dass der Ruhm vieler der angeblich vertrauenswürdigen Investmentfirmen auf Bonitätsprüfungen basierte, für die die jeweiligen Firmen bereits ein finanzielles *quid pro quo* mit den beauftragten *ratings agencies* abgeschlossen hatten.

Aufmerksamen Beobachtern im Bereich Finanzgeschichte ist das konkrete Entwicklungsschema der noch anhaltenden globalen Finanzkrise allzu bekannt. Einer anscheinend gut begründbaren Expansion von Kredit und Geldmengen folgt ein die gesamte Wirtschaft lähmender Entzug von Kredit. Während der Amtszeit von US-Präsident Jackson, der die geplante Einführung einer privaten Zentralbank verbissen bekämpfte, warnte ein Rundschreiben von der American Bankers Association aus dem Jahre 1894, dass die Bankindustrie sämtliche Hypotheken für verfallen erklären würde und dass sie imstande sei, Zweidrittel aller Farnen westlich des Mississippi

in Beschlag zu nehmen.⁵

Per Computertaste hatte nun unsere Bankindustrie Geldsummen in Billionhöhe aus dem Nichts hervorgezaubert, um damit mittels der erfinderischen Derivatives womöglich zu vertausendfachen. Der Einsturz war aber bereits vorgeplant, und kaum war der globale Kollaps eingetreten als die Banken ihren Erpressungsversuch begannen. Mit ihrem eigenen Vertreter, Henry Paulson, dem ehemaligen Chef von Goldman Sachs, in der Position des US Treasury Secretary, ließen die Banken dem amerikanischen Volk mitteilen, wenn ihre Kassen nicht sofort durch Steuergelder wieder aufgefüllt würden, hätte das Volk dann mit Kriegsrecht auf den Straßen der Großstädte zu rechnen. Rufe nach globalen Lösungen wurden von führenden Ökonomen wie Kenneth Rogoff gefordert. Zur Zeit liegt beim US-Senat ein Gesetzantrag vor, nach dem erwartungsgemäß die Federal Reserve Bank über den Bereich Finanzdienste und -produkte sowie Konsumentenschutz vergrößerte Aufsichtsmacht erhalten soll. Auf globaler Ebene soll - ebenfalls erwartungsgemäß - die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Rahmen des „Basler Ausschusses für Bankenregulierung“ eine weltweit-gültige Aufsichtsrolle bekommen - eine Funktion, die sie ohnehin seit dem Ende des Ersten Weltkriegs hinter den öffentlichen Kulissen erfüllt.

Der globale „Krieg gegen Terrorismus“

Einhergehend mit der Ausdehnung der Wirtschafts- und Finanzkrise *weltweit* ist die supranationale Neudefinierung von Schlüsselbegriffen („Staatsfeind“, „verdächtige Operationen“, „verdächtige Geldtransaktionen“, „terrorismusverdächtig“ usw.) und die Implementierung militärischer/staatspolitischer Überwachungsmaßnahmen. Die Bereitschaft von sämtlichen Regierungen weltweit, Gesetze in Kraft treten zu lassen, die terroristischen Anschlägen vorbeugen sollen, beruht auf der zutiefst fragwürdigen Akzeptanz der offiziellen „Erklärung“ seitens der US-Regierung und ihrer Geheimdienste für die sog. „Angriffe“ auf New York und Washington.

Sämtliche Indizien sprechen eindeutig gegen die Glaubwürdigkeit und den Wahrheitsgehalt der offiziellen Erklärung. Die von David Ray Griffen (u. a.) akribisch durchgeführten Analysen⁶ der gesamten Vorgänge vor, an, und nach dem 11.9.2001 einschließlich der sog. „Untersuchung“ (die in Wirklichkeit überhaupt keine war) der 9-11 Untersuchungskommission des US-Kongresses lassen wenig Zweifel an dem Entschluss aufkommen, dass hinter

den so genannten Terror-Angriffen vom 9.11.2001 eine ganz andere Autorenschaft stand, die mit Islam oder arabischen Terroristen herzlich wenig zu tun hat. Jedem, der zwischen den Zeilen der Geschichte lesen kann, deuten diese Indizien auf eine ganz bestimmte Tätergruppe hin. Die Römer sagten *cui bono?*

Die „Angriffe“ haben nicht nur zwei Kriege in Irak und Afghanistan ermöglicht, sie ebneten auch den Boden für umfassende, totalitäre Maßnahmen zur Machtkonsolidierung der supranationalen Finanz- und Wirtschaftselite westlicher Prägung. Diese Entwicklung entspricht nicht nur dem Idealbild von Auguste Comte, der die internationalen Bankiers zusammen mit den ihnen untergeordneten Beratersoziologen an die Spitze der Welt-Regierungspramide setzte. Dieses Modell könnte ebenso gut aus dem Fünfjahresplan von David Rockefeller und Zbigniew Brzezinski stammen. Beide Männer sind Mitbegründer der Trilateralen Kommission und führende Mitglieder der geheimen Bilderberg-Konferenz.⁷ Man sei an die Ansprache David Rockefellers vor der Trilateralen Kommission aus dem Jahre 1991 erinnert:

We are grateful to the Washington Post, the New York Times, Time magazine and other publications, whose directors have attended our meetings and have respected their promises of discretion for almost forty years. It would have been impossible for us to develop our plan for the world if we had been subject to the bright lights of publicity. But the world is now more sophisticated and prepared to march toward a world government. The supranational sovereignty of an intellectual elite and world bankers is surely preferable to the national determination practiced in past centuries.

Aufklärungsarbeit

Im Keim aller Philosophie seit Platon geht es um Wahrheit. Die Suche nach Wahrheit ist aber nur möglich, wenn Informationen zugänglich, sichtbar sind. Seit der Erhebung des Federal Reserve Systems zum Gesetz sind die Machenschaften der internationalen Finanzelite weitgehend verborgen geblieben. Dank der fast göttlichen Macht von Kapital vermag das übernationale Banken-Kartell die Innen- und Außenpolitik von Regierungen in vielen Ländern, - vermittelt über die Weltbank / WHO / IW -, als *unsichtbare Hand* zu lenken.

Selbst im Bereich der Akademie ist ihre Reichweite durch das Erteilen von Forschungsgeldern nahezu unbegrenzt. Einem Bericht von Ryan Grim zufolge ist die Dominanz der Federal Reserve Bank so extrem, dass Ökonomen, die dem Federal Reserve System in irgendeiner Weise kritisch gegenüber stehen, ihre Chancen bedroht sehen, wenn es

um Beförderungen, Lehrstellen, und Veröffentlichungen geht:

The Federal Reserve, through its extensive network of consultants, visiting scholars, alumni and staff economists, so thoroughly dominates the field of economics that real criticism of the central bank has become a career liability for members of the profession, an investigation by the Huffington Post has found.

This dominance helps explain how, even after the Fed failed to foresee the greatest economic collapse since the Great Depression, the central bank has largely escaped criticism from academic economists. In the Fed's thrall, the economists missed it, too.

„The Fed has a lock on the economics world,“ says Joshua Rosner, a Wall Street analyst who correctly called the meltdown. „There is no room for other views, which I guess is why economists got it so wrong.“

One critical way the Fed exerts control on academic economists is through its relationships with the field's gatekeepers. For instance, at the Journal of Monetary Economics, a must-publish venue for rising economists, more than half of the editorial board members are currently on the Fed payroll - and the rest have been in the past.¹⁸

Es sollte uns nicht nur beunruhigen, sondern auch zum Widerstand anleiten, dass die US-Federal Reserve (und ihre verbündeten Zentralbanken) mehrfach in die Devisenkurs-, Rohstoff- und Edelmetallmärkte eingreift, nicht zuletzt jetzt, indem sie die eigenen Bundesschatzbriefe zur Auktion anbietet und dann über Geheimkonten in der Karibik selbst aufkauft, um international den Eindruck zu erwecken, dass es immer noch eine starke Nachfrage von US-Staatsobligationen gäbe.⁹ Eine von der St. Louis Federal Reserve Branche im Jahre 1961 verfasste Analyse schlägt nicht nur konkrete Strategien vor, die sehr effektiv eingesetzt werden könnten, um den Devisenmarkt und die Goldpreise zu manipulieren, sie liefert auch wichtige Hinweise, wie diese Maßnahmen vor der Öffentlichkeit und dem Kongress verheimlicht werden könnten. Der derzeit amtierende Schatzmeister der US-Regierung, Timothy Geithner, schickte während seiner Amtszeit als Vorstandsvorsitzender der New York Federal Reserve dem Vorstand des angeschlagenen Versicherungsgiganten AIG eine email, in der Geithner die Anwälte von AIG dazu drang, Informationen bezüglich der Gelder, die die Federal Reserve Bank vor allem Goldman Sachs im Rahmen der TARP-Bailout (d.h. der von den amerikanischen Steuerzahlern selbst getragenen „Rettungsfonds“ für die diversen Banken) zu verheimlichen und auf keinen Fall die Details dem Kongress bekannt werden zu lassen. US-Abgeordneter Issa aus Kalifornien bezeichnete dies als klare Warnung, der Federal Reserve nicht noch mehr Macht

zukommen zu lassen:

It appears that the New York Fed deliberately pressured AIG to restrict and delay the disclosure of important information to the SEC. The American taxpayers, who own approximately 80% of AIG, deserve full and complete disclosure under our nation's securities laws, not the withholding of politically inconvenient information. [...][This news ought to serve as a cautionary tale to those who advocate giving the Federal Reserve even more power over the U.S. economy. ...

Wir seien sofort an Kants „transzendente Formel des öffentlichen Rechts“ erinnert:

„Alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht.“

Dieses Prinzip ist nicht bloß als *ethisch* (zur Tugendlehre gehörig), sondern auch als *juristisch* (das Recht der Menschen angehend) zu betrachten. Denn eine Maxime, die ich nicht laut werden lassen, ohne dadurch meine eigene Absicht zugleich zu vereiteln, die durchaus verheimlicht werden muß, wenn sie gelingen soll, und zu der ich nicht öffentlich bekennen kann, ohne daß dadurch unausbleiblich der Widerstand aller gegen meinen Vorsatz gereizt werde, kann diese notwendige und allgemeine, mithin apriori einzusehende, Gegenbearbeitung aller gegen mich nirgend wovon anders, als von der Ungerechtigkeit her haben, womit sie jedermann bedroht.

(Kant, *Zum ewigen Frieden*, A 94, 95 = B 100, 101)

Dass geschulte Intellektuelle weltweit aber insbesondere Philosophen, deren Aufgabe es sein müßte, gegebene Prämissen vor allem von Ereignissen mit solch weitreichenden Konsequenzen wie denen vom 11.9.2001 kritisch zu hinterfragen, sich nicht lauthalsig zu dem kläglichen „Beweismaterial“ der US-Regierung zu Wort meldeten oder auf die Barrikaden gingen, ist fast so unbegreiflich wie die Entscheidung Heideggers, in der Gestalt des „Führers“ eine geistige Erneuerung des Abendlandes zu sehen. Kann es sein, dass der Drang zur Sicherheit der immer knapper werdenden Lehrstühle und der damit verbundene Zwang, liebes, braves Kind zu spielen für die Herausgeber der entscheidenden Fachjournals zur allgemeinen Verstummung geführt hat?

Seit dem Fall der Berliner Mauer lebt insbesondere die Linke im Trancezustand, eingeschläfert im Entschuldigungs-Nachholbedarf, der ihr von den „Siegern“ der Begriffsgeschichte aufgezwungen wurde.

Philosophen zumindest sollten sich ihres Status als schweigende Lämmerchen schämen.

Womöglich ist der Kampf gegen die umfassende Dominanz der von den Bilderberg-Mitgliedern et al. angestrebten Neuen Weltordnung, in der das comtesche Sozial-, Wirtschafts- und Finanzmodell herrscht, abgesichert mit dem höchsten Stand der Überwachungs- und Medientechnologien, bereits verloren. Diese Kräfte haben es schließlich geschafft, sowohl ihre Motive, Verfahrensweisen und Langzeitpläne höchst geheim zu halten. Viele Bürger in unseren Ländern wissen nicht einmal von der Existenz dieses Vernetzungsorgans höchster Ordnung. Ein amerikanischer Journalist drückte sein Erstaunen über das Fehlen jeder Form von öffentlicher Reportage über diese Elite ungefähr so aus: Wenn 150 der Welt besten Athleten, Popsänger, oder Schauspieler sich alljährlich zu einem Geheimtreffen organisieren würden, wäre die gesamte Weltpresse vor Ort, um davon zu berichten. Dass sich aber die 150 wichtigsten, wohlhabendsten und einflußreichsten Mitglieder des internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Medienwesens alljährlich versammeln kann ohne auch nur die Spur einer Zeitungszeile ist schlicht unbegreiflich.

Wir stehen vor dem Anfang einer völlig Neuen Weltordnung, von dem so viele Vertreter wie Rockefeller, Kissinger, Bush, und nicht zuletzt Gordon Brown gesprochen haben²⁰ - eine schöne, neue Weltordnung, die nicht um der Brüderlichkeit, Gleichheit, und Freiheit willen, nicht gegen Unterdrückung oder Versklavung begründet wurde, sondern zur globalen Konsolidierung von Machtinteressen einer bestimmten Machtelite. Ab welchem Zeitpunkt sollte man es „Faschismus“ nennen? Allerdings Faschismus mit einem medienwirksamen, freundlichen Gesicht.

Was können wir wissen, wenn die einzig legitimen Quellen von Information das Ergebnis einer gegebenen Ordnung sind und der Inhalt bereits von Aufsichtsgremien und sonstigen Überwachungsinstanzen vorbestimmt ist? *Was sollen wir tun*, wenn oppositionelle Gedanken oder Aktionen bereits mit dem Prädikat „Terrorismus-verdächtig“ versehen werden? *Was können wir hoffen*, wenn das gesamte globale Machtgefüge in seiner Vollkommenheit keine politischen Gegenstrategien oder Abwehr duldet und sich bereit erklärt, Maßnahmen zu ergreifen, die eindeutig an Gestapo-Terror erinnern?²¹

Aufklärung darf weder die Anstrengung des Begriffs noch die Fleißarbeit des Nachhakens scheuen. Die geringe Chance einer wirklichen Veränderung darf sich nicht von den gegebenen Machtverhältnissen

einschüchtern lassen.

Das Lieblingsgedicht von Margherita von Brentano war Brechts „An die Nachgeborenen“ aus dem Jahre 1938. Sie erinnerte sich häufig mit Freude an die letzten Zeilen:

*Dabei missen wir doch:
Auch der Haß gegen die Niedrigkeit
Verzerrt die Züge.
Auch der Zorn über das Unrecht
Macht die Stimme heiser. Ach, wir
Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit
Konnten selber nicht freundlich sein.
Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unserer
Mit Nachsicht.*

Anscheinend ist heute allen Linken der Zorn über das Unrecht vergangen. Auch die Gesichtszüge wirken gelassen und unbekümmert.

Ein wichtiger Schritt zum Ausstieg aus der Sackgasse der Wirtschafts- und Finanzglobalisierung, deren Gesamtstruktur vom Kreis der mächtigsten Banker entworfen und verwirklicht wurde und heute aufrecht erhalten wird, wäre die durchgängige Verstaatlichung aller Banken und die Rückgabe der Notenherstellung an den Staat selbst. Dass Barack Obama am Höhepunkt der Finanzkrise dies *nicht* tat, kann nur als fataler Fehler seiner Änderungspolitik angesehen werden.² Dies als unumgängliche Grundlage zu fordern, wäre der erste Ausdruck einer *Fundamentalpolitik*, die die bisherigen Formen von personen- und parteibezogenen Wahlkampagnen zu einem bedeutenden Teil ablösen könnte und sollte. Die Fortführung des heutigen Gesamtzustands wäre beängstigend und unannehmbar.

¹ Herbert Marcuse, „Enttäuschung,“ in: *Erinnerung an Martin Heidegger*; (Hrsg.) Gunther Neske (Pfullingen: Neske, 1977), S. 162.

² Auszüge dieser Korrespondenz können bei <http://www.marcuse.org/herbert/pubs/40spubs/47MarcuseHeidegger.htm#links> gelesen werden.

- ³ Siehe vor allem den Aufsatz von Volker Gerhardt, „Der Vertrag und der Friede. Zehn Thesen zur philosophischen Bedeutung eines politischen Akts,“ in: *Westfalen Heft für Geschichte, Kunst und Volkskunde 1997* (Münster: 1998, Band 75) 75-86.
- ⁴ Siehe Louis D. Brandeis, *Other People's Money and How the Bankers Use It* (New York: Frederick A. Stokes Company, 1913); John Moody, *The Truth About the Trusts. A Description and Analysis of the American Trust Movement* (New York: Moody Publishing company, 1904); John Moody, *The Masters of Capital. A Chronicle of Wall Street* (New Haven: Yale University Press, 1921); Ron Chernow, *The House of Morgan* (Boston: The Atlantic Monthly Press, 1990); Vincent P. Carosso, *The Morgans: Private International Bankers, 1854 – 1913* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1987); *idem*, *Investment Banking in America. A History* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1970). Eine Zusammenfassung der wichtigsten Einflüßbereiche dieser Robber Barons findet sich bei Ellen Brown, *Web of Debt. The Shocking Truth About Our Money Supply and How We Can Break Free* (Baton Rouge, Louisiana: Third Millennium Press, 2008) sowie bei Matthew Josephson, *The Robber Barons* (New York: Harcourt Brace & Co., 1934).
- ⁵ J. Bradford De Long, *J. P. Morgan and His Money Trust*, in: University of California at Berkeley, Economics Department / J. Bradford De Long's Working Papers. RePEc:wop:calbec:-115.
- ⁶ Siehe auch den Aufsatz von Pauline Kleingeld, „Approaching Perpetual Peace: Kant's Defence of a League of States and his Ideal of a World Federation,“ in: *European Journal of Philosophy* 12:3, S. 304-325.
- ⁷ Edwin L. James, „Reparations Issue Now Up To Bankers,“ *New York Times*, 31. Mai, 1922.
- ⁸ Joseph E. Stiglitz, *Globalization and Its Discontents* (New York: W. W. Norton, 2002) S. 206-207.
- ⁹ Leon Fraser, „The International Bank and Its Future“, in: *Foreign Affairs* (New York: Council on Foreign Relations) Bd. 14, Nummer 3 (April, 1936), S. 454.
- ¹⁰ Louis T. McFadden, „The Reparations Problem and the Bank for International Settlements“, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 150, *Economics of World Peace* (Juli, 1930), S. 53-64.
- ¹¹ Siehe Seyla Benhabib, *Another Cosmopolitanism (Berkeley Tanner Lectures)*, (Hrsg.) Robert Post, (Oxford, UK: Oxford University Press, 2008) sowie *id.*, *The Rights of Others: Aliens, Residents, and Citizens (The Seeley Lectures)*, (Cambridge, UK: Cambridge University Press, 2004).
- ¹² Siehe James Polk, *The Triumph of Ignorance and Bliss. Pathologies of Public America* (Montreal: Black Rose Books, 2008) s. 192.
- ¹³ IMF.Bolivia Public Expenditure Review. www.wds.worldbank.org.
- ¹⁴ „Der größte Diebstahl aller Zeiten - wie Finanzjongleure die Welt in eine Krise stürzten, die noch lange nicht beendet ist“, *Der Spiegel*, Nr. 47, vom 11.11.08, S. 47.
- ¹⁵ Siehe Janet Currie und Joseph Ferrie, „The Law and Labor Strife in the United States, 1881 - 1894,“ in: *The Journal of Economic History*, Bd. 60, Nr. 1 (März, 2000), S. 42 - 46.
- ¹⁶ Zu nennen sind vor allem die folgenden Titel: David Ray Griffen, *Debunking 9/11 Debunking: An Answer to Popular Mechanics and Other Defenders of the Official Conspiracy Theory* (Northampton, Mass.: Olive Branch Press, 2007); *idem*, *The 9/11 Commission Report: Omissions and Distortions* (Northampton, Mass.: Olive Branch Press, 2004).
- ¹⁷ Brzezinski's 1997 veröffentlichte Buch *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* könnte fast als Leitplan für die Umstrukturierung des zentralasiatischen Raumes ausgelegt werden. Kein Wunder, denn es war kein geringerer als Brzezinski selbst, der während der sowjetischen Besetzung von Afghanistan die anti-sowjetische US-Taliban-Zusammenarbeit eingefädelt und koordiniert hat.

¹⁸ Ryan Grim, „Priceless: How the Federal Reserve Bought the Economics Profession“, Huffington Post, 7.9.2009, erhältlich unter: http://www.huffingtonpost.com/2009/09/07/priceless-how-the-federal_n_278805.html.

¹⁹ „Evaluating US Treasury Auction Distress“, Bericht der Hera Research, LLC, vom 8. April 2010.

²⁰ Siehe Gordon Browns Eröffnungsrede vor der Confederation of British Industry im Mai 2007 und wieder auf der Londoner Summit im Sommer 2009.

²¹ Siehe u.a.: The United States Commission on National Security / 21st Century, *New World Coming: American Security in the 21st Century- Major Themes and Implications. The Phase I Report on the Emerging Global Security Environment for the First Quarter of the 21st Century: September 15, 1999*. Found at: <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/nssg>; John W. Whitehead and Steven H. Aden, Forfeiting ‚Enduring Freedom‘ for ‚Homeland Security‘: A Constitutional Analysis of the USA Patriot Act and the Justice Department’s Anti-Terrorism Initiatives. *American University Law Review*, Bd. 51, Nr. 6, August 2002; Jack Balkin, USA Patriot Act: A Dreadful Act II, *Los Angeles Times*, 13. Februar, 2003; Ian Johnston, „EU funding ‚Orwellian‘ artificial intelligence plan to monitor public for “abnormal behavior“, in: *The Telegraph*, 19. September 2009; Tony Bunyan, „The Surveillance Society is an EU-wide Issue“, in: *The Guardian*, 28. Mai 2009; NIC, *Global Trends 2025: A Transformed World. The National Intelligence Council’s 2025 Project: November, 2008*, erhältlich von: http://www.dni.gov/nic/NIC_2025_project.html

²² Um einen realeren Einblick von der US-amerikanischen Präsidentschaft zu bekommen, haben Holly Sklar und Laurence H. Shoup et al. die genauen Mechanismen untersucht, die u.a. die Trilaterale-Kommission zum vollen Einsatz bringt, um ihr jeweils beliebtes Pferd sich durchs Zieltor zu bringen: Holly Sklar (Hrsg.), *Trilateralism. The Trilateral Commission and Elite Planning for World Management* (Boston: South End Press, 1980).